



## Vernehmlassung der elternlobby.ch zu den 10 Bildungsimpulsen der SP Schweiz

Juni 2008

rot elternlobby.ch  
schwarz SP Schweiz

### Diskussionsbeitrag der Geschäftsleitung der SP Schweiz zur Bildungsoffensive zuhanden der Kantonalparteien

#### „Volksschule der Zukunft - faire Bildungschancen für eine gerechtere Gesellschaft“

##### 1. DIE echte Reform des Bildungswesens - Ganztageschulen mit umfassendem Bildungsauftrag

Die Schule der Zukunft ist mehr als das Aneinanderreihen von Unterrichtslektionen. Die künstliche Aufteilung zwischen Betreuungsangeboten und Schule soll überwunden werden, weil sie die Trennung von Erziehung und Bildung, von Betreuung und Förderung, zementiert. Tagesstrukturen sind nicht als zusätzliche Betreuungsangebote zu verstehen, sondern als integraler Bestandteil des Bildungsauftrags mit dem Ziel, die Kinder optimal zu fördern. Hausaufgaben gibt es in einer solchen Schule nicht mehr. Statt einzelne Lektionen über den ganzen Tag zu verstreuen, werden die Aktivitäten konzentriert und koordiniert. Musik und Sportangebote werden so gut wie möglich mit der Schule vernetzt.

- Die SP fordert die flächendeckende Einführung von Ganztageschulen, die einem umfassenden Bildungsverständnis verpflichtet sind.

1. Wir befürworten Ganztageschulen, aber nur dort wo es dem Bedürfnis der Familien entspricht. Die Eltern sollen selber entscheiden, ob sie ihr Kind an eine Ganztageschule oder an eine Schule ohne Mittagstisch schicken wollen. Die Nachfrage soll das Angebot bestimmen. Wir lehnen ein gleichmacherisches, Schuldiktat mit Zwang ab.

##### 2. Bildung beginnt am Wickeltisch

Kinder lernen von Geburt auf und sie lernen gern. Kinder sind neugierig und wollen Herausforderungen meistern. Kinder sind reiche Wesen, die mit angelegten Fähigkeiten zur Welt kommen und diese in unterschiedlichem Tempo entwickeln. Lernen ist ein komplexer Prozess, der auf Entwicklungsschritten in allen menschlichen Dimensionen basiert. Lernen heisst, sich seelisch, emotional, sozial, sinnlich, kognitiv und motorisch zu entwickeln. Wenn Lernen erfolgreich sein will, müssen Eltern und Lehrpersonen aller Stufen den Rahmen schaffen, wo Kinder in allen Bereichen Anregungen und Herausforderungen finden und wo sie individuell gefordert und unterstützt werden.

- Die SP fordert ein Bildungssystem ohne Lernverbote und ohne Gleichmacherei. Bildungspläne für Kindertagesstätten sollen zusammen mit den nachfolgenden Lehr- und Bildungsplänen der Kindergärten und der Schule ein integratives pädagogisches Konzept bilden.

2. Wir unterstützen ein integratives vielfältiges Bildungssystem ohne Gleichmacherei und ohne Lernverbote, welches auf die individuelle Leistungsfähigkeit und -bereitschaft der Kinder Rücksicht nimmt. Wir unterstützen ein integratives vielfältiges Bildungsangebot, welches für alle Schichten der Bevölkerung offen zugänglich ist.

### 3. Die integrative Schulung fördert die Chancengleichheit und stärkt die Kinder

Sonderschulung darf bei Kindern mit besonderen Bedürfnissen nicht die Regel sein, sie muss zur seltenen Ausnahme werden. Im Sinne der Chancengleichheit sind möglichst viele Kinder in die Regelschule zu integrieren. Gefordert ist jedoch nicht einfach die Integration von Kindern mit besonderen Bedürfnissen in (und damit deren Anpassung an) das bestehende Schulsystem, sondern auch die Anpassung des Systems an die individuellen, teilweise zusätzlichen Bedürfnisse der Kinder. Diese Anpassung umfasst Informations- und Sensibilisierungsmassnahmen und bedingt, dass die Lehrkräfte auf die Aufgabe gut vorbereitet sind, über spezifische Fachkenntnisse verfügen und genügend Ressourcen sowie die Unterstützung von weiteren Fachkräften erhalten.

- **Die SP fordert ein Recht auf integrative Schulung. Dieses Recht zielt auf eine umfassende Integration so vieler Kinder wie möglich und verlangt nach einer optimalen Tragfähigkeit der Regelschule. Dazu sind die von der öffentlichen Hand finanzierten schulischen Stützmassnahmen auf den konkreten Bedarf auszurichten.**

3. Wir unterstützen die **Integration aller Kinder** im gesamten staatlich anerkannten und bewilligten Bildungssystem. Jedes Kind, **egal welche Bedürfnisse, welche Behinderung, welche soziale, religiöse und ethnische Zugehörigkeit** es hat, soll die Möglichkeit haben, jene Schule besuchen zu können, die seinen individuellen Bedürfnissen und Fähigkeiten am besten entspricht.

**Drei Gründe warum die Chancengleichheit in der Schweiz miserabel ist:**

#### a) Zwangseinweisung nach Wohnort:

**Hauptgrund der Entmischung an den Schulen ist die soziale Zusammensetzung des Wohnortes.** Da auch mit freier Schulwahl die meisten Eltern weiterhin ihre Kinder im Grundschulalter in die nächstgelegene Quartierschule schicken werden, wird es auch weiterhin Gettoschulen und Villenschulen geben. Die Eltern haben sich in Holland gegen eine Zwangsdurchmischung der Kinder mit Bussen widersetzt. Deshalb erhalten die Gettoschulen dort eine **höhere Pro-Kind-Pauchale als die Villenschulen**. Dadurch können die Bifs (Bildungsferne Schichten) optimal nach ihren speziellen Bedürfnissen gebildet werden mit Aufgabenhilfe und Förderunterricht oder kleinen Klassen. **Der Bildungsstand der Bifs wird so besser** und sie haben in den weiterführenden Schulen bessere Chancen aufgenommen zu werden. **Die Durchmischung an den Gymnasien und die Berufschancen der Bifs sind dadurch viel besser als in der Schweiz.** Dies muss das Ziel unserer Gesellschaft sein.

#### b) Schulwahl nur für Reiche:

**Bis jetzt können nur Reiche sich die Schulwahl leisten mit Wohnortwechsel oder Privatschulwahl. Wir finden es sozial ungerecht, dass Bifs diese Möglichkeit nicht haben.** Es darf nicht sein, dass nur einkommensstarke Eltern sich der Zwangseinweisung entziehen, indem sie in EFH-Quartiere zügeln mit qualitativ besseren Schulen oder sich nichtstaatliche Schulen leisten können, s. Emmen. **Mit der freien Schulwahl für alle wird diesem Trend entgegengewirkt und gerade Bifs würden laut neuer Studie der OECD Dez. 2007 am meisten von der Schulwahl profitieren, siehe erfolgreiche nordische Länder!** Integration heisst für uns, **allen Kindern einen chancengerechten ungehinderten Zugang zum gesamten bewilligten Bildungswesen zu ermöglichen.** Den Eltern und Kindern ist es völlig egal, ob eine Schule in staatlicher oder freier Trägerschaft ist. **Hauptsache ist, jedes Kind erhält eine optimale Bildung, die seinen individuellen Bedürfnissen und Fähigkeiten entspricht.**

#### c) Frühselektion in drei Stände:

Mit dem **heutigen frühselektiven Schulsystem** nimmt die **Entwicklung zur Zweiklassengesellschaft seit Jahren zu.** Die Kinder an den Staatsschulen in der Schweiz werden sehr früh **in 3-4 Stände eingeteilt.** Ganz krass ist dies auf der Sekundarstufe I. Bifs besuchen vorwiegend das langsame untere Niveau! Von den Gymnasiasten stammen in der Schweiz 93% aus der einkommensmässig oberen, 7% aus der einkommensmässig unteren Hälfte der Bevölkerung. **Integration** kann aber auch heissen, **dass alle Kinder so lange wie möglich zusammen sein können.** Zudem haben Länder mit Gesamtschulen bewiesen, dass die langsameren Kinder von den schnelleren enorm profitieren aber auch die schnelleren eine höhere Sozialkompetenz entwickeln. Wenn Eltern ein Schulmodell mit Frühselektion wählen wollen, sollen sie dies können. Positive oder negative Auswirkungen werden sich anhand der Kinder und transparenter Testverfahren zeigen. **Wichtig ist für uns, dass kein Kind in ein Schulmodell zwangseingewiesen wird, das für seine Entwicklung schlecht ist.**

#### 4. Lehrkräfte brauchen genügend Ressourcen und Unterstützung

Lehrerinnen und Lehrer prägen mit ihrem Berufsverständnis und ihrer Freude am Beruf den Schulalltag wesentlich. Bildungsreformen müssen damit immer zusammen mit den Lehrkräften vorangetrieben werden. Ziel muss eine Schule sein, die ein motivierendes und anregendes Lern- und Arbeitsumfeld bietet. Den Rahmen dazu bilden Ganztageschulen mit starken Schulleitungen. Der Arbeitsplatz der Lehrkräfte soll in Zukunft auch in der unterrichtsfreien Zeit an der Schule sein. Fachleute unterstützen die Lehrkräfte bei ihren vielfältigen Aufgaben. Die Bildungsreformen brauchen Zeit und genügend Ressourcen.

- **Die SP fordert genügend Ressourcen und Unterstützung für die Lehrkräfte und die Schulen, damit sich diese als engagierte Pädagoginnen und Pädagogen den Bedürfnissen der Kinder widmen können. Die pädagogischen Hochschulen müssen ihre Ausbildung konsequent auf die neuen Anforderungen des Lehrberufs ausrichten.**

4. Wir befürworten genügend Ressourcen und Unterstützung für die Lehrpersonen und Bildungseinrichtungen. Wir fordern für Lehrpersonen **mehr Unterrichtsfreiheit und Entscheidungskompetenzen**, damit sie schnell und unkompliziert **in eigener Verantwortung auf die Bedürfnisse der ihnen anvertrauten Kinder eingehen können**. Selbstverwaltete Schulen führen zu einem effizienteren Unterricht, das heisst, **das Geld wird vor allem für optimalen Unterricht eingesetzt und nicht für unnötige Verwaltung und Bürokratie**.

Wir fordern **für alle Lehrkräfte**, die Möglichkeit, **dasjenige Schulmodell wählen zu können, das ihren pädagogischen und strukturellen Vorstellungen am besten entspricht** und dies überall zu denselben Rahmenbedingungen. Wir sind dagegen, dass Bildungsreformen allein staatlich verordnet und daher immer wieder von den politischen Mehrheiten der kantonalen Parlamente abhängig sind. Solche, oft **ideologisch gefärbten und theoretischen Reformen** (Noten, Fremdsprachen, Selektion ja/nein usw.), die **von oben diktiert sind, werden und können nie von allen unterstützt werden** (s. Elternabende, Lehrpersonenproteste, parlamentarische und zeitungsfüllende Diskussionen über die einzig beste Schule). Reformen von oben führen zu Widerständen der am Schulbetrieb Beteiligten. Sie führen zu grosser **Unruhe, Unsicherheit und Unzufriedenheit** der Betroffenen. **Bildung muss von der Basis**, den Lehrpersonen, Schülerinnen und Schülern und Eltern **mitgestaltet und mitverantwortet** werden können. **Dies kann nur in einem Klima der Freiwilligkeit und Freiheit geschehen**.

#### 5. Starke Schulleitungen entlasten Lehrkräfte und sind für Eltern Ansprechpersonen

Das Führen und Gestalten einer Schule ist eine umfassende, komplexe Aufgabe und muss entsprechend professionell gestaltet werden. Die Aufgaben der heutigen Milizbehörden sollen weitgehend von Schulleitungen übernommen werden. Schulleitungen können das Lern- und Arbeitsklima wesentlich beeinflussen, wenn sie über weit reichende Kompetenzen (Budgetverantwortung, Personalführung, inkl. Anstellungskompetenz, Organisation des Schulalltags) verfügen. Sie sollen frei wählen können, ob sie selber noch Unterricht erteilen oder sich ganz auf die Leitungsfunktion konzentrieren.

- **Die SP fordert professionelle und starke Schulleitungen mit umfassenden Kompetenzen (Budgetverantwortung, Personalführung, inkl. Anstellungskompetenz, Organisation des Schulalltags).**

5. Wir befürworten professionelle und starke Schulleitungen mit umfassenden Kompetenzen und befürworten die Unterrichtsfreiheit der Lehrpersonen. **Kernziele müssen staatliche verordnet sein, der Weg zum Ziel soll den einzelnen Schulen überlassen werden**. Das pädagogische und strukturelle Profil kann je nach Quartier oder nach der Zusammensetzung der Kinder verschieden sein.

Die am **Schulbetrieb Beteiligten entscheiden** selber, wie sie ihre teilautonome oder autonome Schule gestalten und verwalten wollen. Sie entscheiden selber, wer welche Kompetenzen hat, wie stark die Schulleitung sein soll und wie stark die Mitbestimmungsrechte der Schülerinnen, Schüler, Eltern und Lehrpersonen in den verschiedenen Bereichen sind. Wichtig ist, dass alle Beteiligten wissen, worauf sie sich einlassen und dies freiwillig tun.

#### 6. Schule und Elternhaus arbeiten enger zusammen

Eltern und pädagogische Fachpersonen auf allen Stufen (KleinkinderzieherInnen, KindergärtnerInnen, Lehrkräfte, Fachleute für die schulergänzende Betreuung) müssen zusammenarbeiten und die aus Sicht der Kinder künstliche Trennung zwischen Erziehung, Betreuung und Schule aufheben. Eltern

müssen dabei verbindlich in die Verantwortung genommen werden. Es muss von den Eltern erwartet werden, dass sie sich für das Leben ihrer Kinder in der Schule interessieren und beispielsweise an Elternabenden und -gesprächen teilnehmen. Gleichzeitig sind ihre Bedürfnisse ernst zu nehmen, indem Schule und Behörden sich um Lösungen bemühen, die auf die Lebensrealitäten der Eltern Rücksicht nehmen.

- **Die SP Schweiz fordert, dass die Zusammenarbeit und die Aufgabenteilung zwischen Schule und Elternhaus klar geregelt werden. Auf der einen Seite darf die Schule erwarten, dass die Eltern ihren Erziehungsauftrag ernst nehmen, ihre Kinder nicht unter einen unrealistischen Leistungsdruck setzen und die Rollenteilung zwischen Schule und Elternhaus im Bereich des Unterrichts respektieren. Auf der anderen Seite haben die Eltern das Recht, dass ihre Bedürfnisse von der Schule und den Behörden ernst genommen werden (beispielsweise mehr Flexibilität bei Umteilungswünschen der Kinder), dass sie transparent und verlässlich informiert und in Entscheide mit einbezogen werden.**

6. Die Ziele und Erwartungen über die Zusammenarbeit von Schule und Elternhaus teilen wir vollumfänglich. Um diese zu erreichen, braucht es jedoch **verbindliche Schulverträge zwischen den Beteiligten**.

Wir finden es sehr gut, wenn die Bedürfnisse der Eltern von der Schule und den Behörden ernst genommen werden. Es soll jedoch nicht nur eine grössere Flexibilität bei Umverteilungswünschen der Kinder existieren, sondern die **Eltern sollen in bewusster Entscheidung ohne Einschränkung diejenige Art der Bildung für ihre Kinder wählen können**, die ihnen entspricht. Dadurch übernehmen **Eltern bewusst die Verantwortung für den Bildungsweg ihrer Kinder**. Die freiwillig gewählte Schule wird zu ihrer Schule. Bildungsferne Schichten können mit den heutigen Informationsmöglichkeiten problemlos über die verschiedenen Modelle informiert werden.

**In einem Vertrag mit den Eltern könnte Folgendes festgehalten sein:**

**Pädagogisches und strukturelles Profil der Schule**

**Rechte und Pflichten der Schulleitung, Lehrpersonen, Schüler und Eltern**

**Konsequenzen bei Nichteinhalten der Vertragsbedingungen**

So wissen alle Beteiligten worauf sie sich einlassen und sind freiwillig damit einverstanden.

Die Möglichkeit für **verschiedene Modelle muss zu den gleichen Rahmenbedingungen** vorhanden sein.

## **7. Die Bildungspolitik braucht vielfältige Unterstützung**

Kinder werden nicht nur in der Schule sozialisiert. Eltern, Gleichaltrige oder Medien spielen ebenfalls eine zentrale Rolle bei der Entwicklung eines Kindes und das ist auch richtig so. Somit ist die Schule auch nicht allein verantwortlich für Qualifikation, Selektion und Integration, auch wenn sie dazu einen massgeblichen Beitrag leistet und leisten muss. Die Bildungspolitik entwickelt sich im Wechselspiel mit vielen anderen gesellschaftlichen Entwicklungen und politischen Entscheiden.

- **Die SP fordert eine koordinierte Entwicklung der betroffenen Politikbereiche Bildung, Familien, Arbeitsmarkt und soziale Sicherheit. Anzustreben ist dabei ein Gesamtsystem, das die Chancengleichheit stärkt und Kindern ein chancenreiches Leben eröffnet.**

7. Wir unterstützen diese Forderung vollumfänglich.

## **8. Unsere Bildungsinstitutionen kennen keine Toleranz gegenüber Gewalt**

Wer in eine Krippe, in einen Kindergarten oder zur Schule geht, soll das ohne Angst vor Gewalt oder Ausgrenzung tun können. Gewalt in all ihren Formen wird weder auf dem Schulweg noch auf dem Schulhausareal noch im Klassenzimmer toleriert. Unabhängig vom Streit über Zahlen ist klar: Jeder Fall von Gewalt ist ein Fall zu viel. Um der Gewalt zu begegnen, braucht es das Engagement aller, der Schülerinnen und Schüler selber, der Eltern, der Lehrkräfte, der Schulleitung, der Behörden und der Gesellschaft. Es braucht die Zusammenarbeit aller Beteiligten nach dem Grundsatz „vorbeugen, schützen, handeln“.

- **Die SP Schweiz fordert rasches und gemeinsames Handeln dort, wo Gewalt entsteht. Dabei ist ein interdisziplinärer Ansatz zu wählen, wie wir ihn aus der Suchtpolitik kennen. Weder reichen präventive Massnahmen, noch kann allein die Repression helfen. Gefragt sind das Zusammenwirken und das Zusammenarbeiten. Ziel aller Handlung muss sein, dass die Kinder und Jugendlichen so rasch und so dauerhaft wie**

**möglich ihren Platz in der Gesellschaft finden und ihren Weg in eine befriedigende Zukunft gehen können.**

8. Wir unterstützen diese Forderung. Das Zusammenwirken und die Zusammenarbeit der ganzen Gesellschaft gegen Gewalt können nur gelingen, wenn **klare Regeln** aufgestellt und von den Beteiligten in einem **Schulvertrag** unterschrieben werden, s. 6.

### **9. Förderung des Sprachunterrichts – insbesondere für Kinder mit Migrationshintergrund**

Die entscheidenden Weichen für den Spracherwerb werden in der frühen Kindheit gestellt. Wer bis zur Volksschule wartet, kommt zu spät. Vor allem für Kinder mit Migrationshintergrund spielen deshalb Krippen, welche Kinder in der Sprachentwicklung unterstützen, eine entscheidende Rolle. Um eine gute Ausgangslage für den Erwerb mehrerer Sprachen zu schaffen, muss in diesen Einrichtungen nebst der künftigen Unterrichtssprache und späteren Fremdsprachen auch die Erstsprache gefördert werden. Der erstsprachliche Unterricht hat auch eine zentrale Funktion in der Identitätsbildung und damit für das Selbstbewusstsein der Kinder. Zudem bilden die verschiedenen Sprachen eine wichtige Ressource in einem zunehmend mehrsprachigen Land. Ziel muss sein, dass alle Kinder spätestens zwei Jahre nach Eintritt in die Eingangsstufe die Unterrichtssprache beherrschen.

- **Die SP fordert den sofortigen Ausbau von familienergänzenden Betreuungsangeboten für Kinder im Vorschulalter sowie die Stärkung von Eingangsklassen, welche die Kinder sowohl in der Entwicklung ihrer Erstsprache als auch beim Lernen der künftigen Unterrichtssprache fördern und unterstützen.**

9. Wir unterstützen den Ausbau von familienergänzenden Betreuungsangeboten, dort wo es dem Bedürfnis der Bevölkerung entspricht.

### **10. Bildungsstandards, Transparenz und Motivation durch nachvollziehbare Beurteilung**

Die Beurteilung der Fähigkeiten mit Schulnoten schwankt von Klasse zu Klasse zum Teil erheblich. Unter dieser teilweisen Willkür leiden in erster Linie die Schülerinnen und Schüler, die spätestens beim Übertritt in die Lehre mit zusätzlichen Leistungstests konfrontiert werden. Die fehlende Transparenz über die Leistungsziele ist aber auch der Hauptgrund für den Vertrauensverlust, den die Volksschule bei vielen Eltern und grossen Teilen der Wirtschaft in den letzten Jahren erlitten hat. Bildungsstandards hingegen machen die Arbeit der Volksschule transparent und nachvollziehbar.

- **Die SP Schweiz fordert schweizweit verbindlich definierte Bildungsstandards. Mittels standardisierter Tests sollen transparente und messbare Leistungsziele überprüft und drauf aufbauend Zertifikate (analog den Sprachzertifikaten) vergeben werden.**

10.

#### **a) Schulinterne Beurteilung:**

Es gibt **verschiedene Beurteilungsmöglichkeiten**. Wichtig ist, dass die **Schule selber entscheidet, welches Motivations- und Bewertungssystem sie für ihre Schülerinnen und Schüler will**. Es kann Bildungseinrichtungen mit oder ohne Noten geben. Es kann Modelle mit **Frühselektion** (heutige Staatsschule), **Gesamtschulen ohne Selektion oder jahrgangsübergreifende Schulmodelle geben, es kann Schulen mit Steiner-, Montessori-, Freinet-, Peter Peterson Pädagogik** geben. Es soll auch Schulen geben können, bei denen Schülerinnen und Schüler Fächer im **Modulsystem** erarbeiten. Ein Modul kann je nach Fähigkeit nach einem oder auch mehreren Jahren mit einer Prüfung abgeschlossen und zertifiziert werden. Es könnte Bildungseinrichtungen geben, bei denen die gesamte Bevölkerung altersunabhängig die Möglichkeit hat, diese Module jederzeit mit Zertifikaten nachzuholen. **Alle diese Bildungsmodelle existieren bereits erfolgreich in verschiedenen Ländern.**

#### **b) Schulexterne Beurteilung:**

Auch hier gibt es verschiedene Möglichkeiten. Z.B. **Zentral gesteuerte Tests** werden zu einem bestimmten Zeitpunkt an allen Schulen durchgeführt und die Auswertung wird jeder Schule geschickt. Diese kann daraus ablesen, **ob sie in einem Fach unter oder über dem Durchschnitt** ist und so sofort und gezielt Verbesserungen vornehmen. Die **schnellste und billigste Beurteilung** sind jedoch **zufriedene Kinder und Eltern**. Ist eine Schule gut, spricht sich das schnell herum und sie erhält Anmeldungen, ist eine Schule schlecht, erhält sie immer weniger Anmeldungen und wird sich entweder schnell verbessern oder eben schliessen müssen. **So spürt jede Schule die Konsequenzen** eines bedürfnisgerechten Unterrichts oder eines Unterrichts, der sich nicht nach den Kindern richtet.

**Sollte die Bevölkerung in 10 Jahren gefragt werden, welcher staatlichen Institution sie am meisten vertraut, sollte die Antwort heissen: dem Bildungssystem! Auf dieses Ziel arbeitet die SP Schweiz hin.**

**Wir wollen, dass das öffentliche Bildungswesen in 10 Jahren eine hohe Zufriedenheit in der Bevölkerung geniesst. Ebenso wollen wir, dass die Lehrpersonen die höchste berufliche Anerkennungsrate von der Bevölkerung erhalten, analog zu Finnland. Warum das öffentliche Bildungswesen eine rein staatliche Institution sein muss, entzieht sich unserer Kenntnis. Uns geht es um gute Bildung für alle und nicht um die Art der Trägerschaft der Bildungsstätten. Der Begriff „öffentlich“ bedeutet „offen für alle“ und darf nicht mit „staatlich“ gleichgesetzt werden.**

**Wir wünschen uns, dass die SP allen Schichten der Bevölkerung das Menschenrecht der freien Schulwahl ermöglicht und nicht nur den Reichen wie bis anhin.**